

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 242 – 10. Dezember 2021

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine besondere Sitzungswoche geht heute zu Ende. Mit der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler endete am Mittwoch die Amtszeit von Dr. Angela Merkel. Sie hat unser Land in den vergangenen 16 Jahren mit einem klaren Wertekompass, souverän und sicher durch zahlreiche Krisen geführt. Auf internationaler Bühne hat sie Deutschland eine vielbeachtete Stimme gegeben und wurde somit nicht zufällig vom Time-Magazin als "Kanzlerin der freien Welt" bezeichnet. Für ihren Dienst an unserem Land und ihren unermüdlichen Einsatz in den vergangenen 16 Jahren gebühren ihr Dank, Anerkennung und Respekt.

Trotz des für die CDU enttäuschenden Wahlausgangs blicke ich mit Dankbarkeit auf diese Woche zurück. Ich bin dankbar dafür, in einem Land zu leben, in dem der Regierungswechsel friedlich über die Bühne geht, die "alte", geschäftsführende Regierung und die neue Regierung in der Übergangphase partnerschaftlich zusammenarbeiten, in dem die Opposition ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen und ausüben kann. Dies alles sollte selbstverständlich sein, ein Blick auf andere Demokratien zeigt jedoch, dass dies beileibe nicht der Fall ist. Darauf können wir stolz sein.

Ich wünsche der neuen Regierungsmannschaft im Interesse unseres Landes viel Erfolg bei der Bewältigung aller anstehenden Herausforderungen. Die Unionsfraktion wird die Arbeit der neuen Regierung kritisch-konstruktiv begleiten.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Diskussion um allgemeine Impfpflicht **Ampel darf sich nicht wegducken**

In einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung habe ich deutlich gemacht, dass die neue Ampel-Regierung gefordert ist, einen Gesetzesentwurf für eine SARS/COV-2-Impfpflicht vorzulegen.

Olaf Scholz hat eine etwaige Impfpflicht zur Gewissensentscheidung der Bundestagsabgeordneten erklärt. Die Bundesregierung sieht er bei dieser Frage nicht in der Verantwortung. Das ist falsch. Die Entscheidung für eine Impfpflicht soll ein klares Signal aussenden. Sie braucht die Unterstützung aller Verfassungsorgane, also auch der Bundesregierung. Die neue Bundesregierung darf dieser Diskussion nicht ausweichen. Ein einfacher Antrag, wie Olaf Scholz ihn im Bundestag stellen lassen will, wird der komplexen Thematik nicht gerecht. Es braucht einen sehr sorgfältig vorbereiteten Gesetzesentwurf. Auf dieser Grundlage können die Abgeordneten abwägen und schließlich für sich eine Entscheidung treffen.

Wenn die neue Bundesregierung nicht einmal den Versuch einer Gesetzesvorlage zur Covid-19-Impfpflicht unternimmt, wäre dies ein Zeugnis von politischer Führungsschwäche. Die neue Koalition muss jetzt anfangen, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Die Union wird der Ampel-Koalition bei dieser wichtigen Frage ihre Hand reichen.

Zum Gastbeitrag in der FAZ: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-ampel-muss-gesetzesentwurf-zur-impfpflicht-vorlegen-17668395.html>

Nachbesserungen bei Corona-Schutzmaßnahmen beschlossen

In meinem letzten Newsletter habe ich Ihnen berichtet, dass die neue Ampel-Koalition die epidemische Lage nationaler Tragweite für beendet erklärt, das Maßnahmenpaket von Bund und Ländern erheblich eingeschränkt hat und warum die Unionsfraktion dieses Vorgehen angesichts der aktuellen Corona-Lage für falsch hält.

Nun scheint auch die neue Bundesregierung den Ernst der Lage erkannt zu haben. In dieser Woche hat die Ampel einen Gesetzesentwurf für Nachschärfungen bei den Corona-Schutzmaßnahmen in den Bundestag eingebracht. Die Bundesländer erhalten hierdurch beispielsweise wieder die Möglichkeit, Kontaktbeschränkungen einzuführen. Zugleich sieht der Gesetzesentwurf eine Impfpflicht für das Personal in Gesundheitsberufen und Berufen, die Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen betreuen, vor.

Die Unionsfraktion hat den Gesetzesentwurf der Ampel gründlich geprüft und weitergehende Lösungsvorschläge eingebracht. So fordern wir die Verlängerung der Regelungen für die Corona-Schutzmaßnahmen bis zum 31. Mai 2022. Der Ampel-Entwurf sieht eine Frist bis zum 14. Februar 2022 vor. Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht realistisch, dass vor Ende Mai 2022 eine spürbare Entlastung des Gesundheitssystems eintreten wird. Zugleich fordern wir die Ausweitung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf das Personal an Schulen und Kitas. Kleine und kleinste Kinder können sich noch nicht mit einer Impfung vor dem Virus schützen und tragen eine Infektion oftmals in ihre Familien. Daher sollte hier ein besonderes Augenmerk auf den Schutz gelegt werden. Zugleich möchte die Unionsfraktion die Leistung der Pflegekräfte mit einer steuerfreien Prämie von 3.000 Euro honorieren.

Heute haben wir den Gesetzesentwurf und die Änderungsanträge der Union abschließend im Plenum beraten. Die Unionsfraktion hat dem Gesetzesentwurf der Ampel zugestimmt. Er geht in die richtige Richtung und greift zahlreiche Vorschläge der Union auf. Auch wenn die genannten

Änderungsvorschläge der Union keine Zustimmung fanden, stellt das Gesetzespaket eine deutliche Verbesserung dar.

Unionsfraktion fordert Bezahlbarkeit der Mobilität in Stadt und Land

Als Reaktion auf die geplante Verkehrspolitik der Ampel hat die Unionsfraktion in dieser Woche Vorschläge und Forderungen in den Bundestag eingebracht, damit individuelle Mobilität auch in Zukunft bezahlbar bleibt.

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich die Ampel-Parteien auf einen steigenden Benzinpreis und einen höheren Dieselpreis verständigt. Zugleich erschwert die neue Regierung den Umstieg auf klimafreundlichere Alternativen, indem sie beispielsweise die Kaufprämie für E-Autos in Frage stellt. Diese Pläne würden Dieselfahrer, Pendler, aber auch Landwirte und Handwerksbetrieb enorm belasten.

Die Unionsfraktion hat daher im Bundestag gefordert, Fahrer von Benzin- und Dieselfahrzeugen nicht weiter zu belasten. Die Energiesteuersätze für Diesel und Benzin dürfen nicht erhöht werden. Stattdessen fordern wir, das erfolgreiche Programm "Saubere Luft" fortzusetzen und die Kfz- und Kraftstoff-Besteuerung grundsätzlich zu reformieren. Darüber hinaus wollen wir an der Pendlerpauschale festhalten und das bestehende Flottenaustauschprogramm für LKW verlängern.

Ganztagsausbau – Druck der Union wirkt

Am Donnerstag hat der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzesentwurf der Regierung zur Verlängerung von Abruffristen für Fördermittel beim Ganztagsausbau im Grundschulalter debattiert. Hintergrund des Entwurfes ist ein Gesetz, das bereits im Dezember 2020 beschlossen wurde und mit dem der Bund die Länder und Kommunen beim Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote unterstützt. Im Rahmen dieses Gesetzes sind Finanzhilfen des Bundes von insgesamt 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Aufgrund der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe im Juli sowie der damit verbundenen Lieferverzögerungen ist jedoch absehbar, dass zahlreiche Kommunen die Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur für die Ganztagsbetreuung nicht im vorgesehenen Förderzeitraum bis zum 31. Dezember 2021 abschließen können.

Mitte November hat die Unionsfraktion daher eine Verlängerung des Förderzeitraumes beantragt. Der Antrag wurde damals von der Ampel-Koalition jedoch aufs Abstellgleis geschoben. In dieser Woche folgte nun erfreulicherweise die Kehrtwende und die Ampel folgt dem Vorschlag der Union, die Frist bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern.

Besuch in Himmerod

In der vergangenen Woche habe ich erneut das Kloster Himmerod besucht. Im Oktober 2017 hat das Kapitel der Mehrerauer Zisterzienser-Kongregation beschlossen, den Konvent mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Seither ist das Bistum Trier bestrebt, Himmerod als „geistlichen Ort“ zu erhalten und – wenn möglich – in eine neue Zukunft zu führen. Im März 2021 hat Bischof Dr. Stephan Ackermann seine Absicht bekanntgegeben, das ehemalige Konventgebäude des Klosters mit der Abteikirche zum zentralen Jugendhaus des Bistums Trier auszubauen. Eröffnet werden soll das Jugendhaus im Sommer 2024. Über die Pläne habe ich mich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Dennis Junk vor Ort informiert. Es ist gut, dass das fast 900 Jahre alte Kloster damit eine Perspektive hat.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de